

Volksanwältin Rosemarie Bauer

ORF-Ausstrahlung „Volksanwalt – Gleiches Recht für alle“ vom 29.4.2006

Aufstellung von Handymasten: Anrainer sind rechtzeitig zu informieren

Der in immer dichter werdende „Wald“ von Mobilfunkmasten sorgt vielerorts für zunehmende Beunruhigung bei den Anrainern. Grund hierfür ist oft die überfalls-artige Errichtung von Handymasten und Sendeanlagen über die Köpfe der unmittelbar Betroffenen hinweg. Volksanwältin Rosemarie Bauer nahm dies in dieser Ausgabe von „Volksanwalt – Gleiches Recht für alle“ zum Anlass, einerseits die rechtlich nicht vorgesehenen Mitsprachemöglichkeiten für Betroffene, andererseits die mangelhafte Informationspolitik im Vorfeld von einzelnen Mobilfunkprojekten zu kritisieren. Es sei insbesondere Aufgabe einer bürgernahen Verwaltung, die Bevölkerung rasch und rechtzeitig aufzuklären.

Im oberösterreichischen Timelkam etwa wurde während der Semesterferien ein 24 m hoher Sendemast in einer „Ruck-zuck-Aktion“ ohne Vorankündigung mitten in einer Einfamilienhaussiedlung aufgestellt. Volksanwältin Bauer konzedierte zwar, dass der Bürgermeister dabei die Frage einer möglichen gesundheitlichen Beeinträchtigung nicht zu beurteilen hat, bemängelte aber, dass im konkreten Fall seitens der Baubehörde nicht geprüft worden sei, ob sich der Mast auch harmonisch in das Ortsbild einfüge. Sollte dies nicht der Fall sein – das Ergebnis eines zwischenzeitlich in Auftrag gegebenen Gutachtens ist abzuwarten -, müsste nachträglich ein Versagungsbescheid ausgestellt und der Mast von seinem derzeitigen Aufstellungsort wieder entfernt werden. Dasselbe gelte natürlich auch für einen möglichen Ersatzstandort. Ähnlich erging es den Mietern eines Gemeindebaus in Wien-Meidling: Obwohl auf den einzelnen Dächern der Wohnhausanlage bereits an die 20 Mobilfunkantennen installiert sind, sollten noch weitere hinzukommen. Und dies, nachdem sich der Umweltausschuss der Bezirksvertretung einstimmig dagegen ausgesprochen hatte. Wenn gleich im Fernsehstudio von den anwesenden Firmenvertretern ein vorläufiger Baustopp verkündet wurde, wies die Volksanwältin auf mögliche Beeinträchtigungen durch überlange Mobiltelefonate und die vom Gesundheitsministerium in diesem Zusammenhang herausgegebenen Empfehlungen hin. Sie wünsche sich nicht zuletzt deshalb bei der Vorbereitung von Mobilfunkprojekten generell eine bessere Information der Bevölkerung sowie die gesetzliche Verankerung der Parteistellung für unmittelbar betroffene Anrainer.